

Kirchen verlangen ein «Nein»

Zur Volksabstimmung über das neue Kirchengesetz

Mitglieder des überparteilichen Nein- Komitees der drei Schaffhauser Landeskirchen stellten unter dem Slogan «Nein zum Raubbau an der Volkskirche» ihre Gründe für die Beibehaltung des geltenden Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die Landeskirchen vor: Die einseitige Änderung des Gesetzes, der langfristige Schaden durch den Wegfall der Indexierung und die Leistungen für die Gesellschaft, die unabhängig von der Mitgliederzahl für alle erbracht werden.



Fünf Politiker und eine Politikerin und zahlreiche Medienleute konnte der katholische Synodalratspräsident Robert Sauter zur Medienkonferenz auf dem Schlusspurt zur Abstimmung vom 24. November begrüßen. Der reformierte Kirchenratspräsident Frieder Tramer erläuterte, warum sich die Landeskirchen für eine Abstimmungskampagne in eigener Sache entschlossen haben: «Die drei Schaffhauser Landeskirchen waren bereit, zum Sparen beizutragen. Die Gesetzesrevision, wie sie jetzt vorliegt, rüttelt jedoch am grundsätzlichen Verhältnis des Staates zu den Landeskirchen. Sie stellt damit auch die unbestrittenen Leistungen der Kirchen für die Gesellschaft als Ganzes in Frage.» Der christkatholische Präsident Ernst Schuler bekräftigte zum Schluss der Medienkonferenz die gute Zusammenarbeit der drei Landeskirchen.

Gegen Entsolidarisierung

Die Landeskirchen erhalten Unterstützung von mehreren Parteien, die sich bereits gegen die Gesetzesrevision ausgesprochen haben, und von Politikern aus allen Lagern. Kantonsrat Andreas Frei aus Stein am Rhein vertrat die SP. Er trat für die Leistungen und die Freiwilligenarbeit der Landeskirchen im Blick auf eine «gut funktionierende und solidarische Gesellschaft» ein und meinte: «Genauso wie uns eine unbefriedigende Finanzlage Sorge bereiten muss, sollte uns die schleichende Entsolidarisierung unserer Gesellschaft zu denken geben.» An das Wohl der zukünftigen Generation erinnerte CVP-Kantonsrat Franz Marty, ebenfalls aus Stein am Rhein: «Der Wegfall der Indexierung wird den kantonalen Staatsbeitrag an die Schaffhauser Landeskirchen in ungefähr einer Generation halbieren, nach einer weiteren Generation ganz eliminieren.» Daran schloss die Schaffhauser Kantonsrätin und ÖBS-Präsidentin Iren Eichenberger an: «Die Zeit der biblischen Wunder ist vorbei. Wenn die Kirche ihre Fische verteilt hat, wachsen keine nach im

Korb.» Sie stiess sich daran, dass der Kanton seine moralische Rolle gegenüber den Landeskirchen als «Vertragspartnern » missachte und hob «die wichtige proaktive Rolle, welche die Kirche als eigentlicher Sensor und faktischer Motor im Sozialbereich mit ihren Finanzmitteln übernommen hat», hervor.

Für Christliche Werte

«Verlierer sind wir alle», meinte Andi Kunz als Präsident des Fördervereins der Beratungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Schaffhausen sowie Initiant und Mitorganisator der Schaffhauser Menschenrechtstage und hob die Quartier- und Jugendarbeit der Kirchen hervor. Er begrüßte das kompromisslose Einstehen der Landeskirchen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte. Müssten sich die Landeskirchen aus der Trägerschaft der Rechtsberatungsstelle zurückziehen, könnte diese ihren Auftrag nicht mehr erfüllen. **Hugo Bosshart, Einwohnerrat in Beringen und Co-Präsident der EVP beschrieb den Auftrag der Landeskirchen darin, «christliche Werte wie Ehrlichkeit, Verantwortung, Nächstenliebe, Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität» zu fördern. Die Streichung der Indexierung könne nicht mit der Reduktion der Kirchenmitglieder begründet werden, haben doch die Landeskirchen soziale Aufgaben übernommen, aus denen sich der Kanton aus finanziellen Gründen immer mehr zurückgezogen hat.**

Freiwilligendienste in Gefahr

Der Schleithemer Gemeinderat Christoph Hafner schloss daran an und bezeichnete das Vorgehen des Kantons als «kurzsichtig und falsch», weil die Kirchen viele freiwillige Aufgaben wie Kinder- und Jugendarbeit, Spitalseelsorge, Begleitung in Altersheimen erfüllen: «Wenn diese Aufgaben plötzlich von der öffentlichen Hand erbracht werden müssten, steigen die Ausgaben enorm an.» Schriftlich brachte Marcel Wenger aus Schaffhausen zum Ausdruck, dass die zwei Hauptursachen der Krise der öffentlichen Kassen «die Folge der Finanzkrise und der einseitigen Reform der Unternehmenssteuern in der Schweiz» sei: «Ich weigere mich, unserer Zivilgesellschaft und damit auch den Landeskirchen Mittel zu entziehen, während gleichzeitig Andere sich grosszügig und steuerfrei bedienen können.»

Doris Brodbeck, Kommunikationsbeauftragte der Landeskirchen im Kanton Schaffhausen